

14 Zur »Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen«

Vortrag von Rechtsanwalt Ernst Benda MdB, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, gehalten in Tel Aviv am 9. Juli 1970¹.

..Die zwanzigjährige Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen ist heute in vielem schon Teil der Geschichte. Seit den Anfängen der israelischen Deutschland-Politik, die wir – wobei ich vor allem an David Ben-Gurion denke – als historisches Verdienst sehen, ist vieles geschehen und ein weiter Weg zurückgelegt worden. Es ist nun schon acht Jahre her, seitdem die materiellen Entschädigungsleistungen nach dem Luxemburger Abkommen erfüllt worden sind und im Ablauf der Zeit haben sich die Ecken der Auseinandersetzung um die deutschen Waffenlieferungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geglättet. In den letzten Jahren ist ein immer dichteres Netz von Beziehungen zwischen Personen und Organisationen unserer beiden Länder geknüpft worden. Die diplomatischen Repräsentanten in Bonn und Tel Aviv sind mittlerweile schon gleichsam in zweiter Generation tätig und dasselbe könnte man schon fast von allen Personenkreisen sagen, die sich ideologisch und in der Praxis mit dem gegenseitigen Verhältnis befassen.

Geschichte kann sehr schnell schreiten, so will uns scheinen. Im vergangenen Jahr ging es beispielsweise noch heiß her über deutsche Probleme wie die Frage der Verjährung von Nazi-Verbrechen² oder einer Gefahr durch die NPD; beide Themen sind vom Tisch und auch in Israel ist die Frage eines Neonazismus in der Bundesrepublik kein Diskussionsthema mehr. Die andere Veränderung ist der scheinbare Wandel von dem starken pro-israelischen Engagement, wie es im Juni 1967 in Deutschland sichtbar wurde, zu der heutigen kritischen Haltung mancher deutsche Kreise gegenüber Israel. Einen dritten Punkt kann man in dem sehen, was man vor einigen Monaten mit dem Begriff »Normalisierung« bezeichnete und das man heute unter der Frage versteht, inwiefern sich die neue deutsche Ostpolitik auf die Nahostpolitik der Bundesregierung auswirken werde.

Aber die Frage der deutsch-israelischen Verständigung ist, ob man will oder nicht, eine grundsätzliche Frage deutschen Selbstverständnisses. Sie ist durch Tagesereignisse oder irgendwelche Fristen nicht plötzlich erledigt³, und deshalb stehen auch die bisherigen, die gegenwärtigen und die kommenden Fakten in den deutsch-israelischen Beziehungen in einem unlöslichen Zusammenhang.

Dazu einige nähere Bemerkungen: Es gab seit 1962 stets eine durchaus nicht geringe Anzahl von Leuten in der deutschen Politik und Öffentlichkeit, die die Ansicht vertraten, daß mit der Ableistung des Luxemburger Akommens, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und mit dem Engagement für einen EWG-Vertrag mit Israel, wie er vor kurzem – ebenfalls in Luxemburg – unterzeichnet wurde, die Wandlung von der pro-israelischen Präferenz zur »Normalisierung« vorgenommen werden könne.

In der Frage deutscher Waffenlieferungen an Länder, die nicht der NATO angehören, läßt sich durchaus argumentieren, daß es sich das heutige Deutschland nicht leisten solle, eine Politik mittels Waffenlieferungen zu betreiben, da es die oberste Pflicht dieses Deutschlands ist, einer friedensfördernden Politik zu dienen. Ob jedoch dieser Grundsatz auch in bezug auf Israel Anwendung finden dürfe, ist nie ausdiskutiert worden, und der damalige Regierungsbeschluß, die Lieferungen an Israel einzustellen, erfolgte ja auch nicht aus ideellem, sondern durchaus pragmatischem Grunde.

Dieser Prozeß gehört in die Vorgeschichte der Aufnahme diplomatischer Beziehungen; einer Vorgeschichte, die noch andere Schatten hatte, wenn man etwa an den mehrjährigen Erfolg jener Interessen denkt, die um der deutsch-arabischen Beziehungen willen gegen die Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel waren.

In den ganzen Jahren ging es um die Frage, inwieweit es den deutschen Interessen dienlich sei, eine präferenziell Israel-orientierte Nahostpolitik zu betreiben. Wenn in jüngster Zeit verstärkt mit Begriffen operiert wurde wie »Normalisierung«, »Nichteinmischung« oder »Neutralität«, so mochte das den Eindruck erwecken, als strebe die Bundesrepublik nunmehr zunehmend eine solche Politik der Distanzierung, des Appeasements und Disengagements an. Ansätze dazu zeigen sich immer wieder im Rahmen der durchaus legitimen deutschen Interessen, zu besseren Beziehungen mit den arabischen Staaten zu gelangen. Tatsächlich jedoch ist die Frage der Präferenz keineswegs beantwortet, sie stellt sich vielmehr mit zunehmender Aktualität, wie ich noch zu zeigen versuchen werde.

Doch zuvor noch einige Beispiele, um die Szenerie der Beziehungen zwischen unseren Ländern noch etwas auszuleuchten.

Wenn wir in unserer informationspolitischen Arbeit von präferenziellen Israelbeziehungen sprechen, verwenden wir häufig den Ausdruck »Sicherungshilfe für Israel«. Wir verstehen darunter zumeist die deutsche Bereitschaft, Israel alljährlich günstige Kredite einzuräumen, die ja für Israel auch aus devisenpolitischen Gründen wichtig sind. Sie erinnern sich, daß David Ben-Gurion und Konrad Adenauer darüber eine Absprache getroffen hatten. Um diese Kredite – zur Zeit 140 Mill. Mark jährlich – muß jedesmal von neuem verhandelt werden, und es wird hart darum verhandelt. Ich bin der Ansicht, daß diese Kredite auch künftig gegeben werden sollten, solange Israel in Bedrängnis ist. Wenn diese kreditäre Unterstützung nicht mehr im bisherigen Rahmen gegeben wird, würde das bedeuten, daß man in der Bundesrepublik präferenzielle Israelbeziehungen und Sicherungshilfe nicht mehr als ein Grundinteresse der deutschen Politik ansieht.

Ein anderes Beispiel, das aber auch den Westen insgesamt betrifft: In Jerusalem haben 22 ausländische Missionen ihren Sitz, fast alles Missionen lateinamerikanischer und afrikanischer Staaten, vom Westen hat nur Holland seine Botschaft in Jerusalem. In Tel Aviv dagegen gibt es 40 Botschaften, darunter alle westlichen mit Ausnahme, wie gesagt, Hollands. Ohne daß ich hier auf die völkerrechtlichen Aspekte, die vom Teilungsbeschluß der Vereinten Nationen 1947 herrühren, eingehen will, bleibt doch vereinfachend festzuhalten: Diese Vorbehalte gegen Jerusalem als Hauptstadt Israels stellen dem Interesse des Westens, für die Existenzinteressen Israels einzutreten, kein sehr überzeugendes Zeugnis aus. Warum ich selbst

¹ Von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft die auszugsweise veröffentlichte deutsche Fassung des englischen Vortragstextes.

² Vgl. FR XXI/1969 S. 78 f.; s. o. S. 137.

³ Vgl. dazu auch: FR XVIII/1966, S. 95 (Anm. d. Red. d. FR).

eine solche Haltung für einen politischen Fehler halte, wird aus meinen weiteren Ausführungen noch verständlich werden.

Zwei weitere, ganz andere Beispiele zur Verdeutlichung der Szenerie. Wie Sie wissen, hat die Knesset Anfang der 60er Jahre eine Resolution verabschiedet, die gewisse Beschränkungen für einen deutsch-israelischen Kulturaustausch vorsahen. Diese Resolution spielt mittlerweile kaum noch eine praktische Rolle; der Kulturaustausch ist inzwischen in Gang gekommen. Wir selbst haben in unseren Gesprächen mit Herrn Eban diesen Sachverhalt immer wieder angesprochen und sind dabei auch immer auf Entgegenkommen gestoßen. Daß heute die israelische Regierung den Kulturaustausch begrüßt – womit die Resolution gewissermaßen zu den Akten gelegt wurde –, haben wir mit Befriedigung registriert¹. Andererseits wissen wir, daß viel Geduld und fortwährendes Verständnis dafür notwendig ist, daß in Israel noch manche Kreise und Institutionen zögern, in den Austausch einzutreten. So erfüllt es uns auch mit Bedauern, daß das Israelische Philharmonische Orchester sich noch nicht bereithalten konnte, eine Einladung aus Berlin zu einer Deutschland-Tournee im Herbst kommenden Jahres anzunehmen. Es würde viele Menschen in der Bundesrepublik mit Freude erfüllen, wenn dieses wichtige kulturelle Ereignis sich doch noch realisieren oder vielleicht für 1972 erreichen ließe.

Die gegen den Lufttransport nach Israel gerichteten arabischen Terroranschläge haben die Zunahme des Tourismus nach Israel dem Vernehmen nach nicht wesentlich beeinträchtigen können. Die Zahl der Touristen aus der Bundesrepublik hat bisher gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zugenommen. Die Zahl deutscher Jugendgruppen, die nach Israel kommen, wird jedoch möglicherweise erstmals nicht mehr steigen, wie bisher jährlich, sondern sie könnte stagnieren oder gar zurückgehen. Es liegt das an drei Hauptgründen: Erstens ist es sehr schwer, in anderen Ländern ein richtiges Bild über die israelische Sicherheitslage zu vermitteln. Viele Leute, die sich durch Zeitung und Fernsehen informieren, wissen nicht, daß im Innern Israels Friede und Ruhe herrschen. Es ist nun einmal so, daß Presse und Funk eher über den Krieg und über die gelegentlichen Vorfälle in den besetzten Gebieten berichten als über die israelischen Phänomene des Friedens trotz des Krieges. Deswegen, und das ist der zweite Grund, haben manche Eltern Angst, ihre Kinder nach Israel reisen zu lassen. Der dritte Grund besteht in einer Art von Interessenschwund, der mehrere Ursachen hat. Der Nahostkonflikt ist so kompliziert geworden, daß es sehr vieler Information und Reflexion bedarf, um sich ein Urteil zu bilden. Es genügt nicht mehr, sich mit dem Gefühl für Israel zu engagieren, sondern man muß die israelische Lage durch Information und Nachdenken verstehen lernen. Das aber ist mühsam zumal dann, wenn manche jungen Leute den Eindruck gewinnen, daß die deutschen Beziehungen zu Israel mittlerweile keine besonderen Beziehungen mehr sind. Eine zusätzliche Ursache, deren Größenordnung schwer zu bestimmen ist, liegt in der Verunsicherung der jungen Leute, die durch den Ideologiestreit um Israel, den die Neue

Linke entfesselt hat, entstanden ist. Es gibt eben Leute, die unbedacht und ohne Nachdenken die These glauben, daß Israel ein imperialistischer Bösewicht ist, der die Araber unterdrückt und ausbeutet. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die antizionistische Linke den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit überschritten hat und daß die Informationsarbeit der Israelfreunde an Boden gewinnt.

Diese Streiflichter zur deutsch-israelischen Szenerie deuten auf das Hauptproblem hin der politischen Beziehungen des Westens zu Israel im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen: das der Stützung der israelischen Position als einer wichtigen Voraussetzung dafür, daß eine gerechte und dauerhafte Friedensregelung gefunden werden kann. Ich nenne hier zwei Thesen, die wir alle kennen:

a) Eine Friedensregelung setzt voraus, daß Israel seine 1967 hinzugewonnenen Positionen nicht preisgibt, solange nicht gleichzeitig von der arabisch-sowjetischen Seite eine Friedensregelung verbindlich vollzogen wird. Es nützt deshalb der Sache auch gar nichts, wenn man sich im Westen auf die Räumungsformel der UN-Resolution beruft, ohne nicht gleichzeitig den Kontext zwischen Räumung, Grenzvereinbarung und Friedensregelung zu postulieren.

b) Solange die Vereinigten Staaten – im Bunde mit Westeuropa – ihre ernsthafte Bereitschaft unmißverständlich machen, es nicht zu einer Unterlegenheit Israels kommen zu lassen, solange kann Israel nicht liquidiert werden.

Ein Drittes kommt hinzu: Sie werden in Ihren Zeitungen gelesen haben, daß Ihr Außenminister in seinem diesmaligen Gespräch mit uns wieder deutlich gemacht hat, daß durch die verstärkte sowjetische Intervention im Nahen Osten auch die Sicherheit Europas berührt ist. Die Konsequenz daraus ist, daß eine Neutralitätspolitik, die den Intentionen der sowjetisch-arabischen Seite Vorschub leisten kann, weder der Sicherung und Flankendeckung Europas noch der Herbeiführung einer Friedensregelung dient. In dem Gespräch mit Herrn Eban kam auch zur Sprache, daß die Unsicherheit der Vereinigten Staaten, Israel konsequent zu unterstützen und die Sowjetunion vor weiterem militärischem Engagement entschieden zu warnen, auch daher rührt, daß die USA vom Westen keine Befürwortung einer entschlossenen Unterstützungspolitik erfahren hat.

In diesem Zusammenhang ein viertes Problem. Wie wir alle wissen, beruhte der arabisch-israelische Konflikt ursprünglich nicht auf der Kollision von Großmachtinteressen, sondern er ist primär ein Nationalitätenkonflikt. Erst wenn hierfür eine Regelung gefunden ist, kann der Konflikt aufhören, sich ständig zu reproduzieren. Einer dieser Konfliktgründe ist das noch weithin unbewältigte Flüchtlingsproblem. Nun ist es eine einfache Erkenntnis, zu sehen, daß sich seit dem Sechstagekrieg das Flüchtlingsproblem lösen ließe – durch Integration beispielsweise im Westbankgebiet –, da erstmals die Mehrheit der Flüchtlinge unter israelischer Oberhoheit lebt. Auf sich allein gestellt, also ohne internationale Rücken- und Finanzhilfe, ist Israel bei der Bewältigung dieses Problems überfordert. Es erhält aber diese Hilfe nicht, weil die soziale Lösung des Flüchtlingsproblems eine politische Teillösung unabhängig von einer Gesamtregelung des Konflikts wäre. Für die arabischen Regime hat die Flüchtlingsfrage bisher als Mittel der Bedrohung Israels und der internationalen politischen Pression ge-

¹ Die Gründung einer Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist am 6. 12. 1970 in Jerusalem auf einer von Bürgermeister Kollek einberufenen Zusammenkunft beschlossen worden (m. t.). (In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 283 vom 7. 12. 1970.) (Nach Redaktionsschluß. – Anm. d. Red. d. FR.)

dient. Jetzt kommt hinzu, daß sich auch die westlichen Befürworter der Existenzsicherung Israels scheuen, an einer jetzt möglichen allmählichen Heilung des menschenunwürdigen Flüchtlingsproblems teilzuhaben, unter dem Vorwand, daß eine Regelung nur im Rahmen einer politischen Gesamtlösung des Konfliktes erfolgen könne. Im April dieses Jahres hat die Beratende Versammlung des Europarates in einer Entschließung zum Nahostkonflikt gefordert: »Die Europaratsländer sollten bei der Lösung des Flüchtlingsproblems helfen und Beistand in wirtschaftlichen und sozialen Fragen leisten.« Das ist ungehört geblieben. Als wir jetzt unseren Freund Shimon Peres fragten, ob er eine Aussicht auf internationale Hilfe sehe, sagte er nein.

Ich will es hier deutlich sagen: Europa hat seinen Beitrag zur Friedensregelung im Nahen Osten noch nicht geleistet. Es hat nicht den Mut zu einer solidarischen Hilfestellung für Israel, weil es noch nicht erkannt hat, daß dies auch seinen eigenen nationalen Interessen entspreche.

Und nun lassen Sie mich an dieser Stelle ebenso deutlich sagen: Wenn ich mich hier so unmißverständlich für die israelische Sache engagiere, so tue ich das nicht als ein unkritischer Anwalt Israels. Ich engagiere mich für Israel aus realem deutschem Interesse, weil ich sicher bin, daß das Engagement für Israel ein Grundinteresse der Bundesrepublik und Europas ist.

Lassen Sie mich deshalb abschließend den Versuch unternehmen, eine Art Konzeption deutscher Nahostpolitik zu wagen, ohne damit zu beabsichtigen, die in Bonn noch fehlende Konzeption zu ersetzen:

Die Bundesrepublik will ein friedensförderndes, antitotalitäres und soziales Staatswesen sein. Um ihre Bewohner vor Krieg, Repression und sozialer Not zu sichern,

kooperiert sie eng mit Ländern gleicher Grundordnung als ihren natürlichen Verbündeten, bemüht sie sich um geregelte Beziehungen zu östlichen Ländern mit totalitärer Grundordnung, wobei es die Notwendigkeit zu beachten gilt, daß die Entspannungsbemühungen im Ost-West-Konflikt im Einklang bleiben mit dem europäischen Einigungs- und Sicherheitsstreben.

Diese Gebote deutscher Politik:

Frieden zu wahren und zu fördern; verlässlicher Partner zu sein in einer Gemeinschaft europäischer und westallierter Demokratien; im Innern die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte zu sichern und politischen Totalitarismus zu wehren,

sind mehr als Gebote der Vernunft und des Fortschrittes: sie sind Grundelemente, die erwachsen sind aus den Lehren aus früheren Fehlentwicklungen deutscher Politik, sie sind Grundbedingungen, deren Mißachtung zur Selbstisolierung und Selbstzerstörung der Bundesrepublik führen würden.

Nichtherauslösbarer Bestandteil dieser Grundelemente deutscher Politik ist die besondere Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen des jüdischen Volkes, darunter vor allem auch des jüdischen Staates.

In der Herstellung und Beibehaltung entsprechender Beziehungen kennzeichnen sich Lernprozeß und Fortschritt von Gesellschaft und Politik in Deutschland.

Es gilt für Deutsche zu begreifen, daß dies nicht nur eine Frage der historischen Gerechtigkeit, also der Kompensation für zugefügte Verluste am jüdischen Volke ist, sondern mehr noch eine Notwendigkeit des kontinuierlichen Ausgleichs für die Schädigungen und Herabwürdigungen,

die sich das deutsche Volk hat zufügen lassen durch die Vernichtungsaktionen seines damaligen Regimes.

Wie stellt sich nun das Verhältnis dar der Wahrnehmung dieser deutschen Grundinteressen zu den Gegebenheiten im Nahen Osten? Die »korrespondierenden« Faktoren sind:

1. Das deutsche Sonderverhältnis zu Israel als eines Staates, dessen Entwicklung und Situation in Beziehung zu deutscher und europäischer Politik stehen; mit verwandter demokratischer Grundordnung und enger Affinität zur freiheitlichen westlichen Welt auf geistigem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.
2. Das deutsche Mißverhältnis zu einer Reihe arabischer Staaten mit überwiegend totalitären oder autoritären Regimen; und weitgehenden Divergenzen zum Westen auf politischen und anderen Gebieten.
3. Ein zwischen Israel und der arabischen Welt herrschender Kriegszustand, der von der arabischen Seite bewußt am Leben gehalten wird mit dem Ziel, den jüdischen Staat niederzuringen, und durch den Israel ständiger Bedrohung, Belastung und Gefährdung ausgesetzt ist.
4. Zweckverbindungen der arabischen totalitären Regime und Ostblockregierungen, die für erstere den Zweck der Verstärkung der Kriegführung gegen Israel verfolgen und für letztere der Ausdehnung der eigenen Machtsphäre in der dritten Welt und gegenüber den USA und Europa dienen.

Nach den Grundinteressen der BRD

zur internationalen Entspannung beizutragen, der europäischen Solidarität und Sicherung zu dienen, die Partnerschaft zu systemverwandten Staaten nicht durch Appeasementpolitik gegenüber systemkonträren Staaten zu belasten, die Folgerungen aus dem deutsch-jüdischen Sonderverhältnis nicht zu mißachten, gilt folglich, daran mitzuwirken, daß

1. der Krieg um Israel nicht in die kriegerische Beteiligung weiterer und raumfremder Mächte oder gar in einen globalen militärischen Konflikt ausartet;
2. der Fortbestand Israels als eigenstaatliche Heimstatt der jüdischen Nation erhalten bleibt;
3. eine Integration von Staaten der europäischen Gegenküste in den sowjetischen Herrschaftsbereich nicht stattfindet;
4. die Möglichkeiten eines künftigen partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen arabischer und europäischer Welt nicht verloren gehen.

Es fehlt mir hier die Zeit, auszuführen, wie sich die Regeln einer Friedenspolitik begründen. Allgemein läßt sich sagen, daß Friedenspolitik tatsächlich betreiben heißt,

1. die festgestellten eigenen Grundinteressen strikt zu wahren
2. und auf Versuche von Gegenkräften, das Übergewicht zu erlangen, kontradiktorisch zu reagieren, d. h. nach dem Friedensprinzip des Gleichgewichts konträrer Kräfte (bzw. der Überlegenheit des Defensors) zu handeln.

Für die Nahostpolitik der BRD und des Westens möchte ich daraus folgern:

1. Die Existenzsicherung Israels ist ein westliches und deutsches Grundinteresse.
 2. Mit einer Schwächung der israelischen und einer Stärkung der anti-israelischen Position wächst die Kriegsgefahr proportional.
 3. Die Erringung des Friedens im Nahen Osten setzt voraus, daß der Westen solidarische Gegenposition bezieht wider alle Versuche, den jüdischen Staat einem Diktat der Vorleistungen zu unterwerfen und seinen Fortbestand in Frage zu stellen.
 4. Der Preis für den Frieden im Nahen Osten ist die Existenzsicherung Israels mit westlicher Hilfe.
- Es ist mir natürlich bewußt, daß das außerordentlich vielschichtige Problem, den Nahostkonflikt zu regeln, in meinen Ausführungen nur in einem kleinen Ausschnitt angegangen ist. Aber es ist ein Ausschnitt, der auf die aktuelle Situation und auf die Hauptprinzipien der deutsch-israelischen Beziehungen gerichtet ist.

Um das notwendige Wunder der Existenz des Staates Israel zu schaffen, war zweimal bisher internationale Solidarität mit den Lebensinteressen des jüdischen Volkes notwendig: das erste Mal mit dem Ergebnis der *Balfour-Deklaration*, das zweite Mal mit dem *Beschluß der Vereinten Nationen von 1947*.

Mir scheint, daß es einer *dritten internationalen Solidarität für die eigenstaatliche Existenzsicherung des jüdischen Volkes bedarf*, um den Frieden für Israel zu sichern. An dieser dritten Anstrengung mitzuwirken, ist vor allem die westliche Welt und wahrhaftig nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert. Auch um unserer selbst willen können wir uns hier kein Versäumnis mehr leisten. Für mich und uns von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – und wir verstehen uns vorrangig als eine politische Vereinigung – kann ich hier nur sagen, daß wir uns nach Kräften für diese deutsche, europäische und westliche Aufgabe einsetzen werden.

13 Literaturhinweise

HANS URS VON BALTHASAR: Herrlichkeit. Eine theologische Ästhetik. Band III, 2 – Theologie. Teil 2: Neuer Bund. Einsiedeln 1969. Johannes Verlag. 539 Seiten.

Wir können uns sehr kurz fassen: das monumentale Werk von H. U. von Balthasar bedarf nicht erst einer Vorstellung. Für die Gesamtführung verweisen wir auf die Besprechung des Bandes über den Alten Bund (FR XXI 1969, Nr. 77/80, S. 83). – Die übergreifende Synthese, welche letzten Endes sogar recht verschiedene Positionen, die hauptsächlich den Beiträgen einzelner (theologischer Teil-)Disziplinen entstammen, miteinander zu vereinigen vermag, ist höchster Ausdruck einer ebenso eigenen wie einmaligen Leistung im Raum christlicher Theologie unseres Jahrhunderts. O. K.

CHARLES KINGSLEY BARRETT: Das Johannesevangelium und das Judentum. Franz-Delitzsch-Vorlesungen 1967. Stuttgart 1970. Verlag W. Kohlhammer. 79 Seiten.

Der Verfasser behandelt sein Problem in vier Kapiteln: Umgebung und Zweck des 4. Evangeliums; Sprache und Heimat des 4. Evangeliums; Das Judentum im johanneischen Zeitalter; das 4. Evangelium und das Judentum. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß sich im Joh. Evangelium ein jüdisches Element nicht leugnen läßt: Die Sprache erinnert an das AT; die Erzählungen stellen keine allegorischen Dichtungen dar, vielmehr sind sie mit topographischen Details verbunden. Johannes schrieb jedoch nicht nur für eine jüdische Leserschaft, und er wollte auch keine palästinensische Tradition genau überliefern. Das Joh. Evangelium ist in einer Zeit entstanden, den letzten Jahrzehnten des 1. Jahrhunderts, in welchem die jüdische Apokalyptik – jedenfalls in ausgeprägter und nicht in unterirdischer Form, ihrem Ende entgegenging. Gleichzeitig wurde nach dem Untergang des Tempels mehr Wert auf jene Ordnungen, die nicht im Zusammenhang mit dem Tempel standen, gelegt. So konnte der Zusammenhalt des Volkes gefördert – und Häresie und Zersplitterung abgewendet werden. Neben anderem sei hier etwa der

Segensspruch gegen die Minim erwähnt (b. Ber. 28 b). Barrett ist der Auffassung, daß man auch die Ähnlichkeiten zwischen Qumran und dem 4. Evangelium bei weitem übertrieben hat.

Vom Joh. Evangelium kann man nicht handeln, ohne auch dessen antijüdische Tendenz zu untersuchen. Sie tritt in der Leidensgeschichte besonders klar zutage. *Paul Winter* hat das in seinem wichtigen Buch, »On the Trial of Jesus«, Berlin 1961, deutlich gemacht. Das Joh. Evangelium enthält drei Strömungen: Judentum, Nicht-Judentum und Antijudentum. Das Buch ist jüdisch und anti-jüdisch. Barrett ist der Meinung, diese Antithesen seien für Johannes charakteristisch, und sie sind nicht etwa zufälliges Produkt literarischer Bearbeitung; im übrigen kombiniert das Joh. Evangelium auch die Apokalyptik mit nichtapokalyptischem Material.

Der Verfasser ist der Auffassung, man könne das 4. Evangelium nicht als eine Missionsschrift für die Juden der Diaspora bezeichnen, zumal das Evangelium überhaupt kaum historisch, sondern nur theologisch zu erklären sei. Bei dem vorliegenden Buche handelt es sich um vier Vorlesungen, nicht um eine umfassende Darstellung des ganzen Joh. Evangeliums sowie des Judentums des 1. Jahrhunderts. Vielleicht wird man daher auch eine adäquate Schilderung und präzisere Charakterisierung des Judentums jener Zeit vermissen. Das Buch von Barrett ist zwar recht anregend, aber man möchte doch weit mehr über die äußerst komplizierte Problematik dieses 4. Evangeliums wissen und seine wie auch immer geartete Beziehung zu Juden und Judentum wissen. E. L. Ehrlich, Basel

GEORGE BEASLEY-MURRAY: Die christliche Taufe. Eine Untersuchung über ihr Verständnis in Geschichte und Gegenwart. Aus dem Englischen von Dr. Günter Wagner. Kassel 1968. J. G. Oncken Verlag. 546 Seiten.

Die 1962 in London unter dem Titel »Baptism in the New Testament« erschienene Originalausgabe des angezeigten Werkes des Londoner Gelehrten hatte in der